

DR. ANDREAS STARIBACHER  
BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN

WIEN, DEN 18. August 1995

GZ. 11 0502/268-Pr.2/95

An den  
Herrn Präsidenten  
des Nationalrates

Parlament  
1017 Wien

**XIX. GP.-NR**  
1432 /AB  
1995 -08- 2 1

**ZU** 1346 /J

Auf die - aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beige-schlossene - schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Dipl.Vw.Dr. Josef Lackner und Kollegen vom 22. Juni 1995, Nr. 1346/J, betreffend Einführung neuer steuerlicher Belastungen, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1., 3. bis 7 und 9.:

Wie ich bereits in der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 1259/J vom 6. Juni 1995 ausgeführt habe, wurde sowohl im Regierungsübereinkommen der Koalitionsparteien als auch im Budgetprogramm festgehalten und bekräftigt, daß das Nettodefizit des Bundes bis zum Ende der Gesetzgebungsperiode unter 3 % des BIP gesenkt werden soll. Im Arbeitsübereinkommen wurde weiters darauf hingewiesen, daß der Schwerpunkt der Konsolidierung bei den Ausgaben liegen wird. Zur Erreichung dieser Ziele hat der Nationalrat am 15. Mai 1995 das Budgetprogramm des Bundes für die Jahre 1995 bis 1998 beschlossen.

Ob mit ausschließlich ausgabenseitigen Maßnahmen das Auslangen gefunden werden kann, wird allerdings erst nach Abschluß der Budgetverhandlungen feststehen. Ich ersuche deshalb um Verständnis dafür, daß mir eine Beantwortung der gestellten Fragen derzeit nicht möglich ist.

Zu 2.:

Was den Budgetvollzug 1995 anbelangt, möchte ich darauf hinweisen, daß ich bereits mehrfach die Budgetsituation vor dem Hohen Haus dargelegt habe. Ich habe dabei festge-


- 2 -

halten, daß die Entwicklung der Steuereinnahmen in der ersten Jahreshälfte keinesfalls katastrophal ist, sondern im Bereich der Erwartungen liegt. Der bei allen Schätzungen übliche Schwankungsbereich ist nicht überschritten.

Zu 8.:

Die Einführung einer Energieabgabe halte ich für notwendig und richtig, allerdings liegt meiner Ansicht nach noch kein ausreichend ausgereiftes Konzept für die Umsetzung dieser Maßnahme vor. Ein Arbeitskreis wird sich der noch offenen Fragen annehmen.

Anlage

A handwritten signature in black ink, appearing to read "A. Staribach". The signature is written in a cursive style with a large initial "A" and a long, sweeping underline.

Nr. XIX. GP-NR  
1346 /J  
1995 -06- 2 2

### A n f r a g e

der Abgeordneten Dr.Lackner  
und Kollegen  
an den Bundesminister für Finanzen  
betreffend Einführung neuer steuerlicher Belastungen

Von seiten der Grünen wurden in letzter Zeit des öfteren Forderungen nach massiven Steuererhöhungen laut. Zuletzt hat der Wirtschaftssprecher der Grünen Prof.Alexander Van der Bellen gemeint, daß angesichts wachsender Finanzprobleme Steuererhöhungen notwendig sein werden. Dabei hielt er einen befristeten Einkommensteuerzuschlag für Besserverdienende am ausgewogensten. Überdies sieht Prof.Van der Bellen aufgrund der rückläufigen Steuereinnahmen eine Budgetkatastrophe kommen.

Bereits früher haben die Grünen in einem Initiativantrag eine verteilungspolitische Korrektur der Steuerpolitik gefordert. So verlangten sie die Einführung einer Solidarabgabe von 5 % ab einem Bruttoeinkommen von 40.000,- S, die Erhöhung des Grenzsteuersatzes für Spitzenverdiener, die Aufhebung der Begünstigungen für den 13. und 14. Monatsgehalt ab einem Einkommen von 40.000,- bis 50.000,- S brutto, die Wiedereinführung der Vermögensteuer auf Privatvermögen, die Angleichung der Einheitswerte an die Verkehrswerte und die Erhöhung der Kapitalertragsteuer auf 25 %.

Weiters wurde die steuerliche Belastung von Treibstoffen, Kohle, Gas und Strom im Ausmaß von insgesamt 18 Mrd. S im Jahr 1996, die bis zum Jahr 2005 auf 61 Mrd. S steigen soll, gefordert.

-2-

Vor diesen Hintergrund stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen folgende

Anfrage:

- 1) Glauben Sie, daß die Einführung neuer Steuern, so wie dies von Prof. Van der Bellen behauptet wird, unvermeidlich ist?
- 2) Ist es richtig, daß die Situation des österreichischen Budgets aufgrund der rückläufigen Steuereinnahmen katastrophal ist?
- 3) Sind Sie für die Einführung eines Einkommensteuerzuschlags für sogenannte Besserverdienende?
- 4) Sind Sie für die Erhöhung des Grenzsteuersatzes für Spitzenverdiener?
- 5) Soll an der Besteuerung des Urlaubs- und Weihnachtsgelds ab einem Einkommen von 40.000,- bis 50.000,- S etwas geändert werden?
- 6) Halten Sie die Wiedereinführung der Vermögensteuer auf Privatvermögen für sinnvoll?
- 7) Schließen Sie für diese Legislaturperiode eine Erhöhung der Kapitalertragsteuer aus?
- 8) Halten Sie die Einführung einer Energiesteuer, die im ersten Jahr ein Aufkommen von rund 18 Mrd. S erbringen soll und eine Dynamisierung der Steuersätze vorsieht, sodaß die Gesamtbelastung bis zum Jahr 2006 auf rund 61 Mrd. S steigen soll, für angemessen, oder sind diese Größenordnungen sowohl aus der Sicht der Privaten als auch der Wirtschaft als überzogen zu klassifizieren?
- 9) Treten Sie für eine Anhebung der Einheitswerte auf den Verkehrswert ein?